

Hörndlwald - 23. VI. 1956.  
-----

Die Parteivertretung legt heute dem Parteirat die Vereinbarungen zur Regierungsbildung, die Vorschläge zur Besetzung der einzelnen Ministerien und die Vereinbarung vor, die die Grundlage für die kommende Zusammenarbeit in der Bundesregierung bilden soll. Die Parteivertretung hat Freitag in vielstündiger Beratung die vorgelegten Vorschläge zum Beschluss erhoben.

Das Ergebnis der wochenlangen nervenzermürbenden Verhandlungen war nur schwer zu erzielen. Die Unterhändler der Volkspartei stützten sich auf das Ergebnis der Nationalratswahl, bei der es ihr gelang,

- 2 -

die Stimmenmehrheit, die sie vor 1953 besass, zurückzugewinnen und darüber hinaus ihren Mandatsvorsprung zu vergrößern. Unter Zuzählung der sechs Mandate der FPÖ. rechnete die Volkspartei eine bürgerliche Mehrheit heraus, mit welcher Tatsache die Unterhändler der Volkspartei auch bei den Verhandlungen operierten.

Wir liessen uns aber von diesem taktischen Manöver der Volkspartei nicht irritieren. Die Sozialistische Partei ist auch in diesem Wahlkampf unbesiegt geblieben, hat 54.778 Stimmen und ein Mandat gewonnen. Allerdings: Wir sind mit dem festen Willen in den Wahlkampf gegangen, ~~zu~~ der Stimmenmehrheit, die wir 1953 erreichten, auch die Mandatsmehrheit hinzuzufügen.

Dieser Erfolg blieb uns versagt. Das müssen wir feststellen, ohne allerdings in den Fehler zu verfallen, vom Ergebnis enttäuscht zu sein. Die Partei und ihre Organisationen werden zu prüfen haben, worauf das Ergebnis zurückzuführen ist. Eine bedingungslose Offenheit wird bei dieser Überprüfung notwendig sein.

Eine Erkenntnis müssen wir aus der Wahl vom 13. Mai schöpfen: Eine zweite sogenannte bürgerliche Partei schwächt die Volkspartei. Das haben wir schon im Jahre 1949 erlebt. Die nachfolgenden Landtagswahlen haben unsere Position in allen Landtagen - bis auf Niederösterreich, wo eine bürgerliche Partei von den Russen nicht zugelassen wurde-

gestärkt und die Majorität der Volkspartei zerschlagen.

Diese Feststellungen sind bei der Beurteilung des Verhandlungsergebnisses notwendig.

Nun zu den Verhandlungen selbst. Vom ursprünglich vorgelegten Memorandum der Volkspartei, das weitgespannte Forderungen enthielt, sind Zweidrittel abgestrichen worden. Oft schien es, als würde es nicht möglich sein, ein Übereinkommen zu erzielen. Vor acht Tagen standen wir vor einer ernsthaften Krise in den Verhandlungen. Es schien als dürfte Raab seinen Einbläsern dahingehend Rechnung tragen, eine Minderheitsregierung aus Volksparteilern zu bilden. Sicher hat

Raab dabei mit einer Mitwirkung der FPÖ. gerechnet.

Wir haben diese Lage im Parteivorstand letzten Freitag eingehend behandelt und Auftrag erhalten, uns auf keinen Fall aus der Regierung hinausmanövrieren zu lassen.

Es liegt Ihnen eine Vereinbarung über die kommende Regierung vor, die mit einigen Abstrichen die gleiche ist, wie sie seit 1949 bestand.

Die Verhandlungen konzentrierten sich im Wesentlichen auf drei allerdings entscheidende Fragen:

- 1.) Rundfunk
- 2.) Verstaatlichte Betriebe
- 3.) Banken, Erdöl.

Der Rundfunk - schon lange Zankapfel zwischen Bund und Länder. Nun soll ein Gesetz geschaffen werden. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt. Jedenfalls: Unser Einfluss ist gewahrt. Mit der Alleinherrschaft im Rundfunk ist es also nicht.

Verstaatlichte Betriebe: Die Verwaltung wird der Bundesregierung übertragen. Form: Ges.m.b.H.

Die Bundesregierung Generalversammlung, Ministerkomitee Aufsichtsrat.

Generalversammlung - Einstimmigkeit notwendig. Aufsichtsrat  
Dirimierung des Vorsitzenden.

Drei gleichberechtigte Geschäftsführer.

Banken: Es ist und nicht gelungen auch die Banken unter die  
Verwaltung der Bundesregierung zu bringen. Alle Anstrengung blieb  
fruchtlos. Fragen des Scheiterns der Verhandlungen wollten wir nicht  
auf uns nehmen.

Alle Sicherungen bei den Betrieben gegeben.

Erstens: Bei Bildung der Organe tritt eine gesetzliche Regelung  
ein

Zweitens: Es kann nichts ohne uns geschehen.

Erdöl: Vorlage vorhanden, aber auch Raab Bedenken gehabt, die  
Frage jetzt zu regeln. Die Regelung wird gleichfalls der General-  
versammlung, bzw. dem Aufsichtsrat obliegen.

Luftfahrt

Heeresministerium.

Weitere Forderungen der ÖVP bei Inneres zurückgewiesen.

Wenn der Parteirat das Ergebnis der Verhandlungen prüft, wird  
er sich zwei entscheidende Fragen vorzulegen haben:

1.) Weitere Teilnahme an der Regierung.



Wir die Frage bejaht, dann wird er

2.) dem Ergebnis zustimmen müssen, das die Summe dessen darstellt, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen war.

Vor allem: Die verstaatlichte Industrie wird nicht zerschlagen, es ändert sich die Kompetenz, die Verantwortung geht auf die Gesamtregierung über.

Wir werden es in der kommenden Regierung nicht leicht haben. Wachsamkeit wird notwendig sein. Wir stehen unter veränderten Verhältnissen vor neuen Aufgaben.

Es hat keinen Sinn nachzugrübeln, warum das oder jenes im

Wahlkampf unterlassen wurde. Vor Abschluss der Wahlen stand in der "Industrie" - der Zeitung der Industriellenvereinigung der richtige Satz: Was immer der Wahltag bringen möge, für uns beginnt der Wahlkampf für die nächste Nationalratswahl am 14. Mai, also einen Tag nach der Nationalratswahl.

Und wenn ich den Satz variieren darf, dann will ich den Delegierte des Parteirates sagen:

Für uns Sozialisten beginnt der Kampf um ein besseres Parlament, um eine bessere Regierung mit heutigem Tag. - Möge der 23. Juni 1956 ein Markstein in unserer Parteigeschichte werden.